



**Markus Grübel**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

**Bundestagsbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973  
Fax: +49 (0) 30 227 76 964  
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**  
Bahnhofstraße 27  
73728 Esslingen a. N.  
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66  
Fax: +49 (0) 711 365 80 70  
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

**Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung**  
Stresemannstraße 94, Europahaus  
10963 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 185 35 2681  
Fax: +49 (0) 30 1810 535 2681  
E-Mail: markus.gruebel@bmz.bund.de

## Pressemitteilung

Grübel: Land soll von Öffnungsklausel Gebrauch machen

Esslingen/ Berlin, 26.06.2019

Der Deutsche Bundestag berät morgen erstmals über die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Reform der Grundsteuer. Dazu erklärt der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel:

„Die geplante Reform der Grundsteuer ist eine gewaltige Aufgabe, sichert aber die Einnahmen der Kommunen und stärkt die föderale Vielfalt. Wir als Union haben uns für die Öffnungsklausel stark gemacht, die passgenaue Lösungen ermöglicht und auf unterschiedliche Gege-

benheiten etwa zwischen Ballungszentren wie Esslingen und ländlichen Räumen eingeht. Ich würde es gut finden, wenn sich auch Ministerpräsident Kretschmann schnell dazu äußert, ob die Grünen im Land hinter der Öffnungsklausel stehen und davon Gebrauch machen. Die Bürger, sowohl Mieter als auch Eigentümer, sollten schnellstmöglich erfahren, welchen Weg die Landesregierung einzuschlagen plant. Die Öffnungsklausel ermöglicht es, ein einfaches, unbürokratisches und für jeden Bürger nachvollziehbares System zu etablieren. Oberstes Ziel muss sein, dass Wohnen und Gewerbe in Esslingen und Umgebung nicht noch teurer werden. Von der bundesweiten Reform unangetastet bleibt das kommunale Hebesatzrecht: Damit bestimmen auch künftig Städte und Gemeinden die Höhe der Grundsteuer, die eine wichtige Einnahmequelle für Städte und Gemeinden ist“.